



Augustsession 2017: Sessionsrückblick

Totalrevision des Krankenpflegegesetzes, zahlreiche Vorstösse und Wahlen

von Elisabeth Sigron*

Der frisch erkorene Landespräsident Martin Aebli (BDP), Gemeindepräsident Pontresina, eröffnete als erstes Geschäft die Debatte zum Krankenpflegegesetz.

Mit der Totalrevision des Krankenpflegegesetzes sollte ein schlankes, klares und benutzerfreundliches Gesetz geschaffen werden. Statt 101 Artikel mit unzähligen Leerstellen bedingt durch zahlreiche Teilrevisionen umfasst das Gesetz neu nur noch deren 61 Artikel.

Neu im Gesetz geregelt wurde gestützt auf die Rahmenplanung die obligatorische Beteiligung der Gemeinden an Investitionsbeiträgen für Angebote der stationären Pflege und Betreuung von Langzeitpatienten und Betagten.

Die Regierung erhält die Kompetenz, nach Anhörung der Gemeinden, die Planungsregionen für die stationäre und ambulante Pflege und Betreuung zu bezeichnen. Bereits Ende 2017 wird das Krankenpflegegesetz einer Teilrevision unterzogen mit dem Ziel, einheitliche Planungsregionen zu schaffen, da heute Spital-, Heim- und Spitexregionen nicht überall deckungsgleich sind.

Ja zur Gesamtanierung Konvikt

Eine von der Regierungskonferenz der Kantone aufgebene Studie besagt, dass die Wasserkraft auch heute noch mitnichten defizitär ist. Ob die alleinige Fokussierung auf fixe Wasserzinsen die beste Strategie wäre, bleibt umstritten. Dennoch, insgesamt soll der Betrag von 110 Franken pro Kilowatt nicht unterschritten werden.

Wie es wirklich um die Wasserkraft stehe, sei mangels Transparenz der Konzerne nicht abschliessend zu sagen. Umso stossender sei es von den Konzernen, den Wasserzins infrage zu stellen.

Der Auftrag Kollegger betreffend Erhaltung der Wasserzinsen mindestens auf heutigem Niveau fand breite Unterstützung und wurde auch im Sinne der Regierung überwiesen. Regierung und Grosser Rat sind sich einig, mit dieser Entscheidung ein starkes Zeichen Richtung Bern zu geben.

Mehr Spielraum bei der Regulierung des Wolfes

Die erneute Debatte im Grossen Rat widerspiegelte einmal mehr die unterschiedlichen Ansichten von Befürwortern des Wolfes und den Sorgen der Landwirte um ihre Nutztiere. Grossrat Reto Cramer (CVP) wies darauf hin, dass der Bestand an Schafen drastisch zurückgegangen ist. Vor allem für kleinere Schafzüchter stimmt das Verhältnis Aufwand/Kosten und Nutzen bei weitem nicht.

Die Kosten für Präventivmassnahmen, namentlich für Herdenschutz und Beratung, die sich durch die Anwesenheit des Wolfes ergeben, sind insgesamt angestiegen. Grossrat Reto Cramer wollte wissen, ob ein Warnsystem vor Grossraubtieren möglich ist. Gleichzeitig betonte Reto Cramer, dass im Falle von Rissen durch Grossraubtiere die Verfahren zur

Schadensliquidation einfach, rasch und unkompliziert erfolgen müssen. Es könne nicht sein, dass Landwirte oft monatelang auf die Auszahlung warten müssten.

Die Regierung gab in ihrer Antwort bekannt, dass sie die Einführung eines solchen Warnsystems prüfen werde. Zudem verwies die Regierung auf die Botschaft zur Teilrevision des eidgenössischen Jagdgesetzes, wonach eine Bestandesregulierung des Wolfs in einem festgelegten Zeitfenster vom 16. September bis 31. Januar möglich sein soll.

Verkleinerung des Grossen Rates

Einmal mehr scheiterte die SP mit einem Vorstoss zur Verkleinerung des Grossen Rates auf 90 Sitze. Sie wollte mit diesem Vorstoss durch die Hintertüre das Proporzwahlverfahren einführen, welches von der Bevölkerung bereits mehrmals abgelehnt wurde.

Den Argumenten der gewachsenen Strukturen und der Effizienz infolge Sitzreduktion war vor allem aus Kreisen der CVP, FDP und BDP zu hören, dass durch eine Verkleinerung des Grossen Rates vor allem die peripheren Regionen, Minderheiten, Frauen und Junge schlechter vertreten wären.

Was lange währt...

Endlich anerkennt die Regierung die Schuld des Kantons in Zusammenhang mit den fürsorglichen Zwangsmassnahmen. Sie hat sich bei den Opfern entschuldigt und der Solidaritätsfonds des Bundes soll aufgestockt werden. Eine Arbeitsgruppe von Betroffenen- und Fachpersonen wird beauftragt bis im Herbst 2017, Vorschläge für ein geeignetes Zeichen der Anerkennung auszuarbeiten.

Im Anschluss an die Grossratssession wurde der neue Landespräsident in Pontresina gebührend gefeiert.

* zur Autorin: Elisabeth Sigron, Vaz/Obervaz ist Grossrat-Stellvertreterin aus dem Kreis Alvaschein. Sie ist Mitglied des Gemeindevorstandes der Gemeinde Vaz/Obervaz und in dieser Funktion Schulratspräsidentin. Weiter ist sie Mitglied des Vorstandes der CVP Albula/Surses.